

5. Die Reaktionen auf die Pandemie - Wissenschaftliche, mediale, politische und ökonomische Dynamiken

Biologische und epidemiologische Dynamiken spielen eine große Rolle bei der Pandemieausbreitung und bei ihrer Bekämpfung. Diverse psychologische Dynamiken kognitiver und emotionaler Art sind, das sollte das vorherige Kapitel deutlich gemacht haben, von zusätzlicher Bedeutung. Diese Dynamiken zeigen an, wie Individuen auf eine derart massive und unerwartete Bedrohung reagieren, wie sie die Pandemie darstellt. Um abschließend beurteilen zu können, ob der Lockdown notwendig war, bedarf es aber weiterer Betrachtungen, nämlich über die Dynamiken im gesellschaftlichen Bereich. Hier entwickelten sich gleich zu Beginn der Ausbreitung der Infektion in vielen Ländern äußerst interessante Phänomene, welche bekannte gesellschaftliche Muster und Routinen quasi auf den Kopf stellten.

Spätestens seit der Einsicht des früheren US-amerikanischen Präsidenten Bill Clinton, dass Wahlen nur über den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes gewonnen werden können (*It's the economy, stupid*), ist deutlich geworden, dass zu normalen Zeiten wirtschaftliche Aspekte im politischen System eine dominante Rolle spielen. Während der Pandemie jedoch war auf einmal die Ökonomie, die Leitsemantik der modernen Gesellschaft, gar nicht mehr leitend, sondern die Politik ließ sich von der Wissenschaft über das unterrichten, was zu tun sei. Ökonomische Relevanzen wurden gegenüber wissenschaftlichen und gesundheitlichen Prioritäten deutlich in den Hintergrund gedrängt. Die Medien informierten über Monate hinweg über Daten, Hintergründe und Folgen der Pandemie. Fachpersonen aus Forschung und Gesundheitsadministration wurden zu Medienstars, die eine große Aufmerksamkeit erhielten. Die Gesellschaft insgesamt, aber auch die einzelnen Teilsysteme

befanden wochenlang in einem sozialen »Ausnahmезustand« [293], der vieles möglich machte, was zuvor unmöglich erschien.

Der Lockdown wurde in der Phase des gesellschaftlichen Ausnahmezustandes entschieden und umgesetzt. Welche gesellschaftlichen Bedingungen dazu beitrugen und wie die verschiedenen gesellschaftlichen Systeme miteinander interagierten, das ist das Thema dieses Kapitels. Ich folge dabei einer soziologischen Theorie, welche die Gesellschaft als funktional differenziert begreift [294]. Das heißt, zur Lösung gesellschaftlicher Probleme haben sich unterschiedliche gesellschaftliche Systeme entwickelt, die jeweils einer eigenen Logik folgen. Das politische System operiert nach anderen Vorgaben als das Wirtschaftssystem, dieses wieder anders als das Wissenschaftssystem. Ganz grob und ohne zu sehr in soziologische Details vorzudringen: Im Wissenschaftssystem geht es um die Produktion von als wahr bezeichneten Forschungsergebnissen, welche über die Reputation der handelnden Personen abgestützt werden [295]. In der Politik werden bindende Entscheidungen getroffen und diese werden über politische Macht abgesichert [296]. Das mediale System dient der (Selbst-)Beobachtung der Gesellschaft und insbesondere der Beobachtung des politischen Systems [297]. Im Wirtschaftssystem wird über Geld und Zahlungen operiert und damit wird die Allokation, das heißt, die Verteilung von Gütern, Dienstleistungen und Arbeit hergestellt [298]. Gleichwohl nehmen die verschiedenen Systeme die jeweils anderen zur Kenntnis und lassen sich informieren – die eigenen Operationen werden dann dennoch nach ganz eigenen Maßgaben durchgeführt. Was das genau bedeutet und wie sich das im Rahmen der Coronavirus-Pandemie ausgewirkt hat, wird anschließend beschrieben.

5.1 Die Pandemie in der Wissenschaft

Niemals zuvor in der jüngeren Geschichte haben Wissenschaft und Forschung so viel Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, in den Medien und in anderen Bereichen der Gesellschaft auf sich gezogen wie während der Coronavirus-Pandemie. Verschiedene Personen aus Virologie und Epidemiologie, aber auch aus Soziologie und Psychologie sind teils berühmte Medienstars geworden. In Deutschland ging der Hype um den Virologen Christian Drosten sogar so weit, dass in Medien gefragt wurde: »Kann Drosten Kanzler?«

Virologische Begriffe wie ›Herden-Immunität‹ oder epidemiologische Termini wie ›Reproduktionszahl‹ oder ›Verdopplungszeit‹ gehörten alsbald zum Stammrepertoire von Gesprächen im Freundeskreis und während Videokonferenzen. Kaum ein Print-, Rundfunk- oder Online-Medium konnte darauf verzichten, erklärende Info-Grafiken zu erstellen. Das mikroskopische Abbild des Coronavirus wird heute lebenden Menschen noch auf Jahre hinaus in das Gedächtnis gebrannt sein.

Zahlreiche wissenschaftliche Disziplinen haben große Anstrengungen zur Pandemiebekämpfung unternommen. Im Bereich der Naturwissenschaften lagen die Schwerpunkte auf der Untersuchung der Übertragungswege der Infektion, der Entschlüsselung der Virusgenetik, der Erforschung der Immunabwehr, der Entwicklung von Therapeutika zur Behandlung während der Infektion sowie der Entwicklung von Impfstoffen. Die Epidemiologie untersuchte die Verbreitung der Infektion und modellierte den weiteren Verlauf der Pandemie. In den Materialwissenschaften wurden Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung entwickelt und auf Wirksamkeit geprüft. Psychologie und Sozialwissenschaften haben Folgen der Pandemie erforscht und Hinweise für verhaltensbezogene Maßnahmen entwickelt. Und im medizinischen Bereich hat sich jede Disziplin um Folgen und Prävention für ihre Gruppe von Patientinnen und Patienten gekümmert.

Besonders relevant für die Reaktion in den Wissenschaften war die global vernetzte Forschung. Das moderne Wissenschaftssystem ist ohnehin ein weltweites System auch schon vor der Pandemie gewesen. Jetzt etablierten sich binnen kurzer Zeit Forschungsgruppen, deren Mitglieder zuvor nichts miteinander zu tun hatten, es gab einen freigiebigen Austausch von Daten, Forschungsinstrumenten und Methoden. Wissenschaftsverlage machten ihre Pandemie-bezogenen Publikationen allen Interessierten frei verfügbar, wo eigentlich Lizenz- oder Abonnementsgebühren angefallen wären.

Für die Öffentlichkeit hat sich trotz gelegentlicher Differenzen im Detail eine Sicht der Wissenschaft ergeben, die relativ eindeutig auf die Gefahren der Pandemie hingewiesen hat und pharmakologische sowie nicht-pharmakologische Interventionen entwickelt hat [299]. Wenn man Editorials [z.B. 19] aus führenden medizinischen oder Forschungszeitschriften betrachtet, dann machen sich hier keine Zweifel bezüglich der Bekämpfungsstrategie bemerkbar. Hinter den für die Öffentlichkeit zugänglichen Kulissen sah der Umgang mit der Coronavirus-Pandemie deutlich anders aus. Das Wissenschaftssystem mit sämtlichen Disziplinen von den Naturwissenschaften, über die Sozialwissenschaften bis hin zu den Geisteswissenschaften – man

darf das wohl so nennen – explodierte. Innerhalb weniger Monate wurden tausende Artikel geschrieben und Forschungsanträge bei Förderinstitutionen eingereicht. Die Fachöffentlichkeit wurde mit einem Ausmaß an Informationen überschwemmt, der schon zu einem frühen Zeitpunkt selbst für Insiderinnen und Insider kaum noch zu bewältigen war. Und für die allgemeine Öffentlichkeit war die unübersichtliche Menge und die darin enthaltene Widersprüchlichkeit noch weniger zu durchschauen – die Wissenschaft war Teil der die Epidemie begleitenden »Infodemie« [300].

Selbst als ein am Rande Beteiligter konnte man zwischenzeitlich den Eindruck haben, die Wissenschaft hatte im Frühjahr 2020 nur ein einziges Thema: die Pandemie und ihre Auswirkungen. Dieser Eindruck kommt nicht von ungefähr, da nämlich sehr viele laufende Forschungsprojekte zu anderen Themen unterbrochen oder sogar abgebrochen werden mussten. Ihre Durchführung war entweder mit gesundheitlichen Risiken für die beteiligten Personen verbunden oder aber sie war aus logistischen Gründen (z.B. Reisebeschränkungen) nicht möglich. Nicht nur aus diesem Grund änderten viele Forschende ihre Themenschwerpunkte und investierten Zeit und Aufwand in Corona-bezogene Wissenschaft. Der Transparenz halber sei angemerkt, dass der Verfasser ebenfalls daran beteiligt war.

Hinzu kam, dass die großen Forschungsförderinstitutionen wie der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) oder die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) zusätzlich zur Regelförderung noch weitere Sondermittel zur Verfügung stellten, die ausschließlich für Pandemie-bezogene Projekte zugänglich waren. Auf die Ausschreibungen für diese zusätzlichen Mittel wurden erheblich mehr Projektanträge eingereicht als dies bei den üblichen Verfahren der Fall ist. Aus eigener Erfahrung mit einem leider nicht bewilligten Antrag beim SNF weiß ich, dass sich die Erfolgsquote gegenüber den sonstigen Verfahren halbiert hatte.

Bezüglich des Anstiegs der Forschungsprojekte und Publikationen muss auch bedacht werden, dass es kaum einen gesellschaftlichen Bereich gibt, der nicht von der Pandemie betroffen ist. Daher verwundert es nicht, wenn – von gewissen naturwissenschaftlichen Grundlagenfächern abgesehen – jedes Forschungsgebiet etwas beitragen konnte und wohl noch auf Jahre hinaus beitragen kann. Bis Ende Juli 2020 sind in der wissenschaftlichen Literatur-Suchmaschine »Google Scholar« über 34.000 Einträge verzeichnet, die das

neue Coronavirus im Titel tragen.¹ Schließt man den Januar 2020 aus, da die ersten relevanten Veröffentlichungen erst Ende dieses Monats erschienen, so kommt man auf durchschnittlich 183 Publikationen pro Tag. Wenn man nach Publikationen sucht, die irgendwo im Text Begriffe erwähnen, die mit dem Virus zusammenhängen, dann stößt man auf 58.000 Veröffentlichungen. Dies sind im Vergleich zu früheren Epidemien mehrere Tausend Publikationen mehr [301]. In der Mehrzahl handelte es sich bei den Publikationen nicht um Studien mit Daten, sondern um Meinungsäußerungen [302] – nicht überraschend angesichts der kaum vorhandenen empirischen Basis in der Frühzeit der Pandemie. In diesem Zusammenhang wurden jedoch auch schon Stimmen laut, die dazu aufriefen, die Kurve der Publikationen ebenso abzuflachen wie die Kurve der Infektionen [303].

Die Coronavirus-bezogene Forschung im Jahr 2020 war dabei, in der Flut der Publikationen zu ertrinken [50]. Im Gegensatz zu ›normalen‹ Zeiten im Forschungsbetrieb haben sich während der Pandemie zwei Trends ergeben, von denen einer in Ansätzen schon länger vorhanden war. Gemeint sind die so genannten Preprints sowie die deutlich verkürzte Zeit zwischen dem Einreichen eines Manuskripts bei einer wissenschaftlichen Zeitschrift und der Veröffentlichung. Preprints können von den Verfasserinnen und Verfassern der Publikation ohne das bei Zeitschriften vorhandene Begutachtungsverfahren auf den jeweiligen Servern (so genannten Repositorien) eingestellt werden. Sie existieren in der Physik sowie in der Mathematik schon seit mehreren Jahrzehnten [304], sind aber erst in der jüngeren Zeit wirklich in den Fokus breiterer Forschungskreise getreten [305]. Bis vor kurzem haben sich viele wissenschaftliche Zeitschriften außerhalb der Naturwissenschaften geweigert, Publikationen überhaupt in den Begutachtungsprozess zu nehmen, wenn die Arbeit schon irgendwo zu lesen war. Exklusivität war von den Einreichenden in der Regel zu bestätigen. Dies hat sich in Teilen schon vor der Pandemie gewandelt, allerdings waren einflussreiche Zeitschriften und Verlage lange gegen diese Aufweichung der traditionellen Vorgehensweise.

Schon vor der Pandemie hatten sich jedoch in Disziplinen wie der Psychologie und der Medizin Repositorien entwickelt, die im Zuge der *Open Science*-Strategie in der Forschungspolitik entstanden waren. Unter der ›Offenen Forschung‹ wird gemeinhin verstanden, dass die Forschungspraxis mit größtmöglicher Transparenz durchgeführt wird und dass die Ergebnisse, die

1 allintitle: »Covid-19« OR »Sars-CoV-2« OR »Coronavirus« OR »Corona«; <https://scholar.google.de>

zu großen Teilen durch Steuergelder ermöglicht werden, allen Interessierten ungehindert zur Verfügung stehen [306]. Letzteres ist traditionell nicht der Fall gewesen, da die großen Wissenschaftsverlage es verstanden haben, sich den Zugang sehr gut bezahlen zu lassen und diesen auch nur für lizenzierte Interessierte ermöglicht haben.

Dies war die Ausgangsposition zu Beginn der Pandemie: Preprints waren möglich, aber nicht verbreitet. Mit der Pandemie sollte sich dies dramatisch ändern [307]. Schon Mitte April 2020 wurden auf den Preprint-Servern »Medrxiv« und »Biorxiv« wöchentlich mehr als 1.500 Manuskripte hochgeladen, von denen ein großer Teil Covid-19-bezogen waren. Das heißt, es gehörte fast zum Standard der Publikationspraxis, alle Manuskripte vor oder während der Eingabe bei der Zeitschrift auf die Server zu laden. Und die eigene Erfahrung zeigte auch, dass die Preprints heruntergeladen und gelesen wurden. Mit dieser Praxis ist natürlich unter Umständen einem Wildwuchs von Artikeln Tür und Tor geöffnet worden, bei der die Qualität der Forschungsarbeiten zu wünschen übrig lassen kann. Dies ist für die weitere Öffentlichkeit solange kein Problem, wie es die Grundlagenforschung in Physik oder Mathematik betrifft. Sobald aber potenzielle Therapieverfahren berührt werden, könnte es riskanter werden.

Ein weiterer potenziell problematischer Aspekt in diesem Zusammenhang ist die journalistische Aufbereitung der Publikationen für die Publikumsmedien und die sozialen Medien. Für die Preprint-Server haben sich diese Medien kaum interessiert, solange es nur um naturwissenschaftliche Grundlagenforschung ging. Nun aber wurden die neu eingestellten Arbeiten von Nicht-Fachpersonen, die Journalistinnen und Journalisten üblicherweise sind, gescreent und die Resultate wurden aufbereitet für die breite Öffentlichkeit. Und selbst wenn die resultierenden Artikel Hinweise enthielten, dass die jeweilige Arbeit noch nicht begutachtet worden war, verbreiteten sich die Botschaften global. So geschehen etwa mit der Seroprävalenz-Studie aus dem Santa Clara County in Kalifornien [191], die eine deutlich höhere Infektionsprävalenz in der Bevölkerung berichtete, welche wiederum mit einer sehr geringen Infektionssterblichkeit korrespondierte – auf diese Studie, ihre methodischen Probleme und den Co-Autor John P. Ioannidis wurde in Kapitel drei ausführlich eingegangen. Die Lockdown-kritische rechts-konservative Publizistik in den Vereinigten Staaten und darüber hinaus nahm die Resultate gerne auf, um die vermeintliche Überreaktion der Behörden zu kritisieren [308]. Die Studie wurde ebenfalls in Deutschland und in der Schweiz entsprechend rezipiert [30].

Zu dem Preprint-Problem gesellte sich ein zweites Problem bei den Publikationen, nämlich die große Geschwindigkeit, mit der wissenschaftliche Arbeiten erstellt, eingereicht, begutachtet und publiziert wurden. Dies dauert, wie angedeutet, normalerweise mehrere Monate. Während der Pandemie im Frühjahr 2020 verkürzte sich die Dauer von Eingabe bis Publikation um die Hälfte, davon ging der größte Anteil auf die Peer-Review [309]. Nunmehr wurden Gutachtende gedrängt, innerhalb weniger Tage ihr Votum abzugeben. Die begutachteten Arbeiten wurden teilweise vor der Publikation nicht mehr in eine Druckfassung gesetzt, sondern es wurden die eingereichten Manuskripte veröffentlicht. Es kam zu dem fast paradoxen Phänomen, dass in einer Zeit, wo sehr viel von guter Wissenschaft abhängt, die Standards und Qualitätskriterien faktisch aufgeweicht wurden zugunsten der Publikationsgeschwindigkeit [310].

Die Absenkung der Standards bezog sich nicht nur auf die Publikation, es war auch die Durchführung der Studien selbst, die unter erheblichem Zeitdruck stand und wo teilweise die üblichen methodischen Anforderungen zugunsten von Ergebnissen abgesenkt wurden [311]. Dies begann im Übrigen schon bei der Beantragung von Forschungsgeldern, bei der – wie ich zum eigenen Leidwesen erfuhr – die Anträge innerhalb weniger Tage bis Wochen geschrieben sein mussten (was üblicherweise Monate braucht) und wo sich die Forschenden verpflichten mussten, die Projekte innerhalb weniger Wochen auf den Weg zu bringen (was üblicherweise ebenfalls mehrere Monate braucht).

Angesichts dieser Tendenz überrascht es auf der einen Seite nicht, wenn aus der Forschung heraus mitunter widersprüchliche Studienergebnisse kommuniziert wurden – wie etwa die Empfehlungen zum Tragen von Masken oder die zwischenzeitliche Relevanz von Oberflächenkontaminationen, während doch die Aerosole eine wesentlich größere Rolle bei der Übertragung des Virus spielen. Auf der anderen Seite gehören Uneindeutigkeiten zum Prozess der wissenschaftlichen Praxis. Einzelne Studien widersprechen sich nun einmal, sei es aus methodischen Gründen oder aber aus Zufall. Dieser Umstand machte sich vor allem im Zusammenhang mit den epidemiologischen Modellierungsstudien bemerkbar, die oftmals als Hintergrund für politische Entscheidungen dienten. Hier wurden in verschiedenen Arbeiten nicht selten drastische Unterschiede bei den zu erwartenden Fallzahlen und Todesfällen berichtet.

Bei diesen Studien handelt es sich um statistische Regressionsmodelle, welche einen zeitlichen und gelegentlich auch räumlichen Verlauf von Epide-

mien darstellen sollen [170]. Allerdings sind solche Studien mit einer großen Unsicherheit behaftet, die für Laien in der Regel nicht transparent ist. Ein auf den britischen Statistiker George Box zurückgehendes Bonmot, das während der Pandemie gelegentlich zitiert wurde, besagt, dass alle statistischen Modelle falsch seien, aber manche nützlich [312]. Diese Einschränkungen werden jedoch in der Öffentlichkeit selten realisiert und die Modellresultate werden für präzise Prognosen gehalten – was sie angesichts der Unsicherheiten und Annahmen gar nicht sein können. Vor allem zu Beginn der Pandemie waren diese Studien mit so vielen Unwägbarkeiten untermauert, so dass geringe Veränderungen in den Parametern zu großen Differenzen bei den Ergebnissen führen mussten. Aus diesen Gründen sind die Modelle zwar falsch, aber sie können nützlich sein, um bestimmte Tendenzen und das mögliche Ausmaß von Infektionsausbrüchen zu verdeutlichen.

Um die zu erwartenden Differenzen in den Ergebnissen einzelner Studien auszugleichen, hat sich in der Medizin das Format der Meta-Analyse durchgesetzt, eine statistische Methode, bei der die Studienergebnisse mehrerer vorheriger Arbeiten zusammengefasst werden. Es ist in der Regel zielführender, 50 Studien statistisch zu aggregieren als die 51. Studie zur gleichen Thematik zu wiederholen (und dann womöglich zu anderen Resultaten zu kommen). Man kann dieses Vorgehen, wenn es denn funktioniert, gewissermaßen als Korrektur- und Selbstreinigungsmechanismus empirischer Forschung betrachten. Es geht um die als ›wahr‹ gekennzeichneten Forschungsergebnisse; so funktioniert das moderne Wissenschaftssystem wie zu Beginn des Kapitels angedeutet wurde. Das Wissenschaftssystem produziert keine absoluten Wahrheiten, sondern setzt »...die Hypothetik aller Wahrheit...« [294: 740] voraus. Das heißt, sie kodiert die eigenen Resultate als wahr – und das kann sich, wie im Verlauf der ersten Monate der Pandemie, rasch ändern. In der Mathematik und ihren Anwendungsfeldern Statistik sowie Epidemiologie existiert mit dem so genannten ›Bayes'schen Theorem‹ eine Formalisierung dieses Sachverhalts [313]. Es geht, weniger formal gesagt, um die permanente Anpassung der Annahmen und Schlussfolgerungen an die Datenlage.

In diesem Sinne hat sich in den ersten Monaten der Pandemie zwar kein wissenschaftlicher Konsens bezüglich der Notwendigkeit des Lockdowns herausgebildet, allerdings konnte nach vielen tausenden Publikationen eine grobe Richtung identifiziert werden, die man durchaus als wissenschaftlichen Mainstream betrachten kann. Diese Mainstream-Richtung basierte auf den vielen tausenden Studien, von denen sich zahlreiche Arbeiten mit derselben Thematik befasst haben. Im Endeffekt gehörten folgende Aspekte zu den An-

nahmen und Schlussfolgerungen: das Virus ist gefährlicher als eine saisonale Grippe, es existiert keine Immunität, der Verzicht auf Restriktionen würde das Leben von Millionen Menschen gefährden, das Gesundheitssystem droht überlastet zu werden und die Lockdown-Maßnahmen können als nicht-pharmakologische Interventionen wesentlich zur Bewältigung der Pandemie beitragen [299]. Insofern schließen diese Aspekte direkt an den Forschungsstand an, wie er zum Ende des Kapitel 2 berichtet worden ist.

5.2 Die Pandemie in den Medien

Epidemien gehören zu dem Themenkreis, der auch schon vor der Pandemie zu den größten Risiken für die Gesundheit der Bevölkerung gezählt wurden. Spätestens seit der AIDS-Epidemie, insbesondere aber seit dem SARS-Ausbruch im Jahre 2002, wurde diese Thematik intensiv medial behandelt [314]. Die SARS-Epidemie war auch der erste große Infektionsausbruch, bei dem das Internet eine gewichtige Rolle für Informationsverbreitung und -gewinnung spielte. Diese Entwicklung der medialen Behandlung sollte sich mit der Pandemie im Jahr 2020 noch einmal erheblich verstärken. Coronavirus-Schlagzeilen dominierten spätestens ab März des Jahres die Nachrichtenseiten und -programme. In Kanada waren es im April etwa 65 Prozent aller Schlagzeilen [315]. In der Schweiz beinhalteten in der Spitzenzeit der Pandemie 70 Prozent aller Beiträge einen Bezug zum Virus und den Folgen [316]. Epidemien erfüllen, das hatte die einschlägige Publizistik-Forschung schon einige Jahre zuvor festgestellt, nahezu sämtliche Kriterien, welche Neuigkeitswert ausmachen: Unerwartetheit, ansteigende Intensität, Negativität, Relevanz, Sinnhaftigkeit, Kontinuität und Unvorhersagbarkeit [317]. Es sei am Rande bemerkt, dass die permanente mediale Aufmerksamkeit während der Pandemie nicht nur positive Effekte hatte, sondern für viele, eher psychisch vulnerable Menschen, durchaus negative Konsequenzen zur Folge hatte [318]. Daher wurde Menschen mit psychischen Belastungen häufig empfohlen, sich eine gewisse Medien-Abstinenz aufzuerlegen.

Die Ergebnisse der oben beschriebenen Covid-19-bezogenen Forschung hatte ebenfalls großen Neuigkeitswert und wurden in den Publikumsmedien, aber auch in den sozialen Medien wie YouTube, Twitter, Facebook oder in Messenger-Diensten wie WhatsApp und Telegram intensiv begleitet und weiterverbreitet. Forschende und Kommunikationsabteilungen von Universitäten bedienten sich der sozialen Medien, um über akzeptierte Publikationen

oder Preprints zu berichten. Wissenschaftliche und politische Diskussionen wurden oftmals über Twitter und Co. ausgetragen. Und über diese Diskussionen wurde dann wiederum in den Publikumsmedien ausführlich berichtet. Soziale Medien hatten offenbar in einem gewissen Maße eine positive Funktion zur Verbreitung und Diskussion relevanter Inhalte.

Es gab aber auch das Gegenteil. Ähnlich einem in meiner Kindheit weit verbreiteten Spiel, der ›Stillen Post‹, verbreiteten sich Falschnachrichten mit permanenter leichter Veränderung in Windeseile um den gesamten Globus. Im März erreichte mich beispielsweise über eine WhatsApp-Gruppe die Warnung vor dem Medikamentenwirkstoff Ibuprofen, einem Entzündungshemmer und Schmerzmittel. Gemäß dieser Nachricht hätte die Universitätsklinik in Wien Daten gesammelt, welche ein erhöhtes Risiko für eine Infektion mit dem Coronavirus belegen sollten, wenn man Ibuprofen eingenommen hatte. Über eine schnelle Internet-Recherche stellte sich innerhalb von zwei Minuten heraus, dass diese Meldung bereits von der Universität Wien dementiert worden war. Hintergrund der Entwicklung war eine Meinungsäußerung in der Zeitschrift *The Lancet*, wo auf die Möglichkeit eines solchen Zusammenhangs theoretisch hingewiesen wurde, ohne dies jedoch mit Daten zu belegen [319]. Allein dieser – aus wissenschaftlicher Sicht eher belanglose – Artikel reichte aus, um zahlreiche Menschen zu verunsichern.

Soziale Medien bedienen sich dieser Informationen naturgemäß ungefiltert und haben daher durchaus ein großes Potenzial für Falschmeldungen, welche zu nachteiligen Gesundheitskonsequenzen führen können [320]. Die Einnahme eines anderen Präparats statt Ibuprofen durch ängstliche Betroffene hätte durchaus das Risiko nicht-erwünschter Wirkungen gehabt. Zudem werden gerade über soziale Medien Nachrichten und Meinungen verbreitet, die sich in großen Publikumsmedien nicht finden lassen und die nicht selten den Bemühungen um die Pandemie-Eindämmung durch Regierungen und Behörden zuwiderlaufen.

Der Konsum sozialer Medien hängt für Konsumierende mit einer größeren Wahrscheinlichkeit zusammen, Verschwörungstheorien und Falschinformationen im Allgemeinen sowie bezüglich der Pandemie im Besonderen für plausibel zu halten. Dies gilt vor allem für jüngere Menschen sowie für Männer [321]. Neben Telegram-Gruppen ist YouTube eine besondere Plattform für die Verbreitung von Falschinformationen und korrespondierenden Verschwörungstheorien. Hier können Videos mit entsprechenden Botschaften hochgeladen und von Nutzenden kommentiert sowie weiterverbreitet werden. Schon während der letzten Influenza-Pandemie im Jahr 2009 war aufgefallen, dass

ein nicht unerheblicher Teil der hier bereitgestellten Informationen in die Richtung von Verschwörungstheorien ging [322]. Ähnliches zeigte sich auch während der Coronavirus-Pandemie [323]. Dies ist umso relevanter, als YouTube täglich von bis zu zwei Milliarden Nutzenden weltweit konsumiert wird. Und wenn nur ein kleiner Teil der Konsumierenden die Botschaften weiterverbreitet und das eigene Verhalten danach richtet, dann hat es Konsequenzen für Millionen Menschen. Die Tendenz zur häufigen oder gar ausschließlichen Nutzung sozialer Medien ist auch mit einer Ablehnung von Impfstoffen assoziiert [324].

Innerhalb sozialer Medien wie Facebook oder YouTube haben sich schon vor der Coronavirus-Pandemie relativ klar abgrenzbare Lager von Nutzenden gebildet, die entweder wissenschafts- und impfkritisch sind oder aber eindeutig die Standardsicht von Forschung und Behörden teilen [325]. Aus diesem Grund sind Bemühungen, die kritischen Nutzenden durch rationale Präventionsbotschaften in den sozialen Medien zu erreichen, relativ erfolglos. Es existieren kaum Verbindungen und Kommunikationskanäle zwischen den Lagern, über die entsprechende Botschaften verbreitet werden können. Trotz anderslautender Ankündigungen der Betreiberfirmen, gegen Falschinformation und Verschwörungstheorien vorgehen zu wollen, konnten sich diese während der Pandemie im Frühsommer 2020 dort oftmals ungehindert verbreiten.

Insgesamt jedoch spielte diese Art von Falschinformation in den sozialen Medien, beispielsweise in der Schweiz, nur eine nachgeordnete Rolle [326]. Behörden und andere etablierte Nutzende dominierten in den ersten Wochen das Geschehen klar und konnten ihre sach- und aufklärungsbezogenen Botschaften verbreiten. Möglicherweise ist dies in anderen Ländern nicht so gewesen. Diese Annahme wird bestärkt durch Umfragen zum Vertrauen in die Pandemie-Berichterstattung der Publikumsmedien wie Fernsehen und große Tageszeitungen [327]. Dieses Vertrauen war in den Ländern des globalen Nordens unterschiedlich groß. Das meiste Vertrauen genossen entsprechende Medien in Deutschland, während dies etwa in Frankreich und Großbritannien deutlich geringer war. In Großbritannien ließ sich gemäß den Umfragen auch noch eine politische Lagerbildung entlang der Brexit-Linie finden. Brexit-Befürwortende trauten den Medien erheblich weniger.

In den Vereinigten Staaten richtete sich das Vertrauen bzw. Misstrauen entlang der bekannten Unterschiede im Medienkonsum der Bevölkerung ab. Anhängerinnen und Anhänger von Präsident Trump konsumierten deutlich mehr rechtskonservative Medien wie etwa *Fox News*, wo zahlreiche Verschwö-

lungstheorien und Falschmeldungen in Sachen Covid-19 verbreitet wurden [328]. Die Pandemie wurde dort als ein weiterer Versuch gesehen, Donald Trump politisch zu schaden. Die Mainstream-Medien, so die Meinung, würden Panik schüren, um der Wirtschaft zu schaden und die Wiederwahl des Präsidenten zu gefährden. Bei den Konsumierenden stießen diese Botschaften auf Resonanz. *Fox News*-Zusehende hielten sich erheblich weniger an die Präventionsbotschaften, etwa sich nicht in der Öffentlichkeit zu bewegen [329]. Es gibt auch empirische Hinweise darauf, dass in Regionen, in denen diese rechts-konservativen Medien mehr als anderswo konsumiert wurden, die Sterblichkeit größer war [330].

Inwieweit diese Fehlinformationen und ihre nachfolgenden Konsequenzen korrigierbar sind, das ist vor allem für soziale Medien relevant. Plattformen wie Facebook oder Twitter hatten im Sommer 2020 vereinzelt damit begonnen, offensichtliche Falschnachrichten entweder zu sperren oder aber mit Hinweisen zu versehen. Dies kann, einer experimentellen Studie im Zusammenhang mit Covid-19-Informationen zufolge, tatsächlich dazu führen, dass die Nutzenden sich vor einer Weiterverbreitung der Fake News Gedanken machen und kritischer werden [331]. Man kann solche Hinweise durchaus als Form des im vorherigen Kapitel behandelten Nudgings verstehen. Auf diese Weise können unerwünschte Informationen zwar nicht verhindert, aber in ihrer Ausbreitung eingedämmt werden.

Die konventionellen Publikumsmedien haben, wie eingangs beschrieben, die Coronavirus-Thematik zu dem entscheidenden Thema des ersten Halbjahrs 2020 gemacht. Ihre Perspektive war auf die Gesundheitskrise und deren Folgen insgesamt gerichtet. In der Publizistik wird die Behandlung verschiedener Aspekte und Themen in den letzten Jahren auch im Deutschen unter dem Stichwort ›Framing‹ erforscht. Unter diesen ›Rahmen‹ versteht man die Einbettung von Themen in bestimmte Deutungsraaster bzw. Deutungsmuster. Gemäß einer Analyse international führender Medien haben sich folgende Frames ergeben, mit denen über die Pandemie primär kommuniziert wurde [332]: wirtschaftliche Folgen, ›Human Interest‹ (menschliche Schicksale/Interessen), Konflikt (z.B. der Krieg gegen das Virus), Moral/Religion, Zuschreibung von Verantwortung (z.B. der Ursprung der Infektion), Politisierung der Pandemie, Ethnisierung (z.B. negative Beschreibung von Menschen mit asiatischem Aussehen), Angst, Hoffnung. In einzelnen nationalen Medien können die Frames durchaus abweichen. Mit einer ähnlichen Zielsetzung sind in einer kanadischen Studie folgende Themen identifiziert worden: Ausbruch in

China, Wirtschaftskrise, Gesundheitskrise, Hilfe für Menschen, Soziale Auswirkungen, Niedergang des Westens [315].

Unzweifelhaft haben diese Frames Wirkungen auf die Öffentlichkeit und die Wahrnehmung der Entwicklung der Pandemie gehabt. Es gibt empirische Hinweise darauf, dass sich etwa in Deutschland die Stimmung veränderte, als Medien über die Entwicklung in Italien und anderen Nachbarländern berichteten [245]. Großen Eindruck haben die Berichte über Armeetransporte mit Särgen gemacht, für die in Bergamo kein Platz mehr in den Krematorien war. Ähnlich schockierend waren die Bilder von Kühltrucks in New York, in den die Leichen aus den Spitälern aufbewahrt wurden. Unvergesslich werden auch die täglichen Ranglisten mit Fallzahlen von Infektionen und Todesopfern bleiben, die in nahezu keinem Nachrichtenorgan fehlen durften.

Doch konnten mit diesem Framing nicht alle Personen in der Bevölkerung erreicht werden. Ähnlich wie bei den oben bereits beschriebenen Lagern in den sozialen Medien haben sich auch anderswo Wissenschaftsskepsis und Impfkritik ausgebreitet. Anhängerinnen und Anhänger dieser Positionen können über anderslautende Nachrichten und Botschaften nicht mehr erreicht werden. Im Gegenteil, diese Medien können auch in die konträre Richtung wirken, wie eine Studie aus Australien und Neuseeland gezeigt hat [333]. Nachrichten über positive Wirkungen von Impfungen werden demnach von impfkritischen Mediennutzenden als belehrend und nicht neutral aufgefasst, und die Medien wurden als Teil einer Kampagne von Behörden und pharmazeutischer Industrie identifiziert. Auch eine umfassende positive Berichterstattung hat demzufolge nicht dazu beitragen können, die Impfbereitschaft zu erhöhen.

Generell haben die konventionellen Publikumsmedien ein Framing der Pandemie gebraucht, das die oben beschriebene Mainstream-Sicht in der Wissenschaft sowie die Notwendigkeit des Lockdowns in der Politik gestützt hat. Dies ist von der Lockdown-kritischen Publizistik, die sich vor allem in Internet abspielte, als eine ›gigantische mediale Angstmaschine‹ im Rahmen einer ›medialen Gleichschaltung‹ beschrieben worden [334]. In der Tat haben die Medien während der Pandemie weitgehend die Sichtweisen der Behörden und Regierungen, etwa in der Schweiz und in Deutschland, mitgetragen. Ausnahmen gab es bei den Printmedien nur sehr wenige. So kamen beispielsweise in der Schweizer *Weltwoche*, die von einem Abgeordneten der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei herausgegeben wird, Positionen zu Wort, die den Lockdown ablehnten und eine Herdenimmunität für die Bevölkerung propagierten [316]. Die große Zustimmung der konventionellen

Medien erfolgte sicher größtenteils aus Überzeugung, vielleicht aber auch, weil die schnelle Entwicklung der Thematik den Wissensstand von Medienschaffenden überstieg. So wurde etwa kritisch angemerkt, dass die Statistik-Kompetenz im Journalismus nicht sonderlich ausgeprägt sei und daher vieles direkt – und unhinterfragt – aus der Wissenschaft übernommen worden sei [335]. Und bestimmt haben die Medien auch zur Stimmung während der Pandemie beigetragen – den Bildern aus Bergamo konnte sich kaum jemand entziehen. Dies war besonders auffällig in den Boulevard-Zeitungen und in den Gratisblättern der Schweiz [316]. Zweifel bestehen jedoch an dem Vorwurf, damit sei unnötige Angst geschürt worden. Die Sorgen vor einer Entwicklung wie in Italien waren auch nördlich der Alpen nicht unbegründet, zumal es eine geografische Nähe zur Lombardei gab.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass nach der Wissenschaft auch die konventionelle Publizistik mit ihrem Framing durchaus die Notwendigkeit des Lockdowns bejahte und sich stützend für Behörden und Regierungen bemerkbar machte. In den sozialen Medien wurde ebenfalls eher eine unkritische Sicht vertreten, wenngleich hier die Lockdown-Kritik deutlich präsenter war. Die gesamte Einschätzung gilt auf jeden Fall für Länder wie Deutschland oder die Schweiz, in denen die Pandemie und ihre Bekämpfungsmaßnahmen bei Weitem nicht so politisiert wurden wie etwa in den Vereinigten Staaten. Ob politisiert oder nicht, das politische System braucht die mediale Aufmerksamkeit hinsichtlich der Pandemie, vor allem, um zu erkennen, wie es selbst und die Maßnahmen gerade in der Öffentlichkeit beobachtet werden.

Das ist die Funktion des medialen Systems in der modernen Gesellschaft, genauer gesagt liegt sie »...im Dirigieren der Selbstbeobachtung des Gesellschaftssystems« [297: 173] und der Teilsysteme wie der Politik. Werden beispielsweise Grenzschließungen in den Medien gefordert oder aber Lockerungen der Restriktionen als notwendig betrachtet, so wird dies automatisch zu einem Thema der Politik – selbst, wenn es das zuvor nicht war. In einer empirischen Studie mit gesundheitsbezogenen Abfragen aus Google konnte dies indirekt gezeigt werden. Eine große öffentliche Aufmerksamkeit führte zu deutlich mehr nicht-pharmakologischen Interventionen durch die Politik, und dies selbst, wenn für die Fallzahlen von Infektionen und Todesfällen kontrolliert wurde. Länder, in denen eine große öffentliche Aufmerksamkeit zu erkennen war, wie die Schweiz, implementierten den Lockdown nach einem ersten positiven Infektionstest schneller als Länder mit einer geringen Aufmerksamkeit, beispielsweise Frankreich oder Italien [336].

5.3 Die Pandemie in der Politik

Die Frage, wie ein Land, seine Regierung und Behörden die Pandemie und ihre Folgen bewältigt haben, wird für das Renommee des gesamten Landes und seiner staatlichen Organe vermutlich noch über Jahre hinaus von Bedeutung sein. Augenfällig ist das bereits im Sommer 2020 geworden mit den Versuchen der chinesischen Regierung, jegliche Diskussion über offensichtliche Fehler lokaler oder nationaler Behörden zu unterdrücken und die gesamte Pandemie gewissermaßen der eigenen Bevölkerung und der Welt als Erfolgsstory zu verkaufen [337]. Die chinesische Öffentlichkeit und auch die Wissenschaft hatten mit den Maßnahmen einverstanden zu sein.

In den meisten Ländern des globalen Nordens waren sowohl die Wissenschaft als auch die Öffentlichkeit im Verlauf der Pandemie ebenfalls zu großen Teilen von der Notwendigkeit des Lockdowns überzeugt – allerdings zum Teil aus anderen Gründen als in China. In der Wissenschaft schloss die grundsätzliche Meinung an den Forschungsstand vor der Pandemie an und die Öffentlichkeit fühlte sich zu weiten Teilen verunsichert und verängstigt ob der zu erwartenden Entwicklung. Beide Aspekte mussten von den Verantwortlichen in Regierungen und Administrationen im globalen Norden berücksichtigt werden, als es darum ging, zu entscheiden, mit welchen Maßnahmen auf die Pandemie reagiert werden sollte.

Wie verschiedene journalistische Berichte über die politischen Reaktionen in der Frühzeit der Pandemie rekonstruiert haben, waren nahezu sämtliche Staaten im globalen Norden von der Pandemie und der Geschwindigkeit der Entwicklung überrascht worden – und dies, obwohl zahlreiche wissenschaftliche Publikationen (siehe Kapitel 2) und sogar Geheimdienstberichte [338] von der Annahme ausgingen, dass eine Pandemie zu jedem Zeitpunkt möglich sei. In Deutschland hatten die Bundesbehörden inklusive des Robert-Koch-Instituts noch im Jahr 2012 ein Szenario mit einem Coronavirus-Ausbruch durchgespielt, der um ein Vielfaches schlimmer war als es in 2020 geschehen ist [339]. Man hielt es für möglich, dass mehrere Millionen Menschen zu Tode kommen, die medizinische Versorgung zusammenbrechen und die Volkswirtschaft immensen Schaden leiden könnte. Sämtliche Defizite, die im Frühjahr 2020 bei der Pandemiebekämpfung offenbar wurden, sind in dem anschließenden Bericht schon angesprochen worden. Effektiv passiert ist jedoch im Nachgang sehr wenig.

Als das neue Coronavirus dann im Januar 2020 bereits den europäischen Kontinent erreicht hatte, wurden Warnungen vor einem schnellen Ausbruch

auch in der Schweiz und in Deutschland zunächst von den für den Infektionsschutz verantwortlichen Behörden nicht so ernst genommen, wie es aus nachträglicher Sicht geboten erschienen hätte. In der Schweiz hielt man eine Influenza-Ausbreitung für wahrscheinlich und sah sich dafür gut gerüstet, wie das zuständige Bundesamt für Gesundheit BAG und der Gesundheitsminister des Landes mitteilten [44]. In Deutschland sah man es lange für ein chinesisches Problem an, das so schnell keine Gefahr bedeuten würde [340]. Zudem hatte man scheinbar den ersten Infektionsweg in der bayerischen Autzulieferfirma schnell unter Kontrolle gebracht, die Ausbreitung schien beherrschbar zu sein. Anderslautende Warnungen aus der Wissenschaft wurden lange ignoriert.

Warum also reagierten die Behörden nicht so, wie es aus späterer Sicht angezeigt erscheint? Drei Gründe erscheinen hier wesentlich zu sein: Zum ersten hatte man nahezu überall im globalen Norden bezüglich einer Pandemie mit einer Influenza gerechnet. Eine Influenza hat aber andere biologische Eigenschaften, epidemiologische Folgen und Bekämpfungsnotwendigkeiten. Das Grippevirus verbreitet sich wesentlich schneller, daher ist die Chance auf Kontaktnachverfolgung, Isolation und Quarantäne deutlich geringer [341: 129]. Nur wenige Länder in Südostasien hatten andere Szenarien in der Planung durchgespielt und sich entsprechend vorbereitet – mit dem Erfolg von nur wenigen Infektionen und Todesfällen, wie in Kapitel 6 noch ausgeführt wird. Zum zweiten hat man eine solch dramatische Entwicklung von Fallzahlen nicht für möglich gehalten – erneut machte sich das fundamentale Unverständnis über das Risikopotenzial von Epidemien unbekannter Herkunft bemerkbar. Ein Mitglied der bayerischen Landesregierung ließ sich in der *Süddeutschen Zeitung* folgendermaßen zitieren: »Ich hätte mir nie träumen lassen, dass wir in Bayern derart überrollt werden.« [340: 11] In der Schweiz haben die zuständigen Verantwortlichen erst nach einem Besuch in Italien im Februar realisiert, dass die Situation dort außer Kontrolle geraten war und dass dies auch im eigenen Land passieren konnte [44]. Zum dritten hätte aus Sicht des politischen Systems in der Öffentlichkeit und in der Bevölkerung kein Verständnis für frühe drastische Restriktionen hergestellt werden können. Ein zentrales Versäumnis der Pandemieplanung und -vorbereitung war der Einbezug der Medien und der Bevölkerung. Noch weit im Verlauf der Pandemie, etwa bei der Frage, ob Fußballspiele mit Tausenden Zuschauern stattfinden dürfen, so die *Süddeutsche Zeitung* »...klammern sich Bürger wie Politiker an jedes Argument, um weiterleben zu können, wie gewohnt.« [340: 13]

Dies änderte sich erst, als die Zahlen sich in Richtung des exponentiellen Wachstums bewegten und als die Defizite in der eigenen Vorbereitung deutlich wurden. Die Pandemiepläne waren zwar ausgearbeitet, jedoch wurden nicht einmal die notwendigen Maßnahmen für eine Influenza-Pandemie umgesetzt, beispielsweise die Beschaffung einer ausreichenden Anzahl von Gesichtsmasken. Auf die Frage, warum dies nicht erfolgt sei, antwortete der Gesundheitsminister des deutschen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen in einem Zeitungsinterview: »Weil es in jüngerer Vergangenheit keine Pandemie gegeben hat. Das hat kaum einer richtig ernst genommen. Das muss man einfach nüchtern so sagen.« Und an anderer Stelle gibt der Minister in dem Interview unumwunden zu, »... wie unsicher wir uns waren.« [342: 4] Die Unsicherheit bestand offenbar nicht nur in Deutschland. Sie wurde bestätigt durch ein Interview eines britischen Wissenschaftlers, der im Beratungsgremium der englischen Regierung mitwirkte und den Lockdown in einem Zeitungsinterview als »Panik-Maßnahme« charakterisierte, der er zu nächst durchaus zugestimmt hatte. Es sei eine Notfallmaßnahme gewesen, »...weil wir uns nichts Besseres überlegen konnten.« [343]

Minimale Vorbereitung und maximale Überraschung durch den Verlauf sowie ebenso maximale Verunsicherung hinsichtlich der kaum vorhandenen Handlungsoptionen, so kann die politische Ausgangslage in vielen Staaten wenige Wochen in die Pandemie hinein beschrieben werden. Regierungen und Administrationen im globalen Norden mussten erleben, was im Süden als »Ausbruchskultur« schon länger bekannt war [38]. Wesentlicher Teil der Ausbruchskultur ist die recht lange Zeit, bis es zu relevantem Handeln gegen die Epidemie kommt. Demgegenüber stehen die Informationen hierfür schon länger zur Verfügung, sie werden allerdings im politischen System oftmals nicht entsprechend analysiert und interpretiert. Es gibt »... einen politischen Druck, die Krise nicht anzuerkennen bis es unmöglich wird, sie zu ignorieren.« [38: 180]

Je länger die Untätigkeit andauerte, desto weniger war in den meisten Ländern auch die Kontaktnachverfolgung aus Kapazitätsgründen eine wirkliche Option. Aus diesem Grund verlegten sich die Regierungen in der Schweiz relativ schnell und in Deutschland etwas später auf die Variante des Herunterfahrens des öffentlichen Lebens. Im Vergleich zu Lockdowns in Nachbarländern wie Italien oder Frankreich war es gewissermaßen ein ›Lockdown light‹, da auf Ausgangssperren und andere drastische Maßnahmen wie etwa die Absonderung ganzer Städte verzichtet wurde. An diesen Maßnahmen war man – wie später deutlich wurde [344] – in der Schweiz nur knapp vor-

beigeschrammt. Bei etwas längerem Zuwarten wäre das Gesundheitssystem überlastet worden.

Die Situation in Italien war bekanntermaßen eine andere. Dort sahen sich die regionalen und später die nationalen Behörden gezwungen, über Wochen hinweg sehr drastische Restriktionen zu verhängen. Die Lombardei hatte weniger Glück als die Schweiz und Deutschland, sie war früher von der Infektion betroffen. Aber auch hier waren die gleichen politischen Voraussetzungen und Mechanismen zu sehen: keine Vorbereitung, zu wenig Material, zu lange gewartet [345]. Dann war da noch das Superspreading-Event bei einem Champions League-Spiel in Mailand, wo Zehntausende aus dem spanischen Valencia und dem italienischen Bergamo aufeinandertrafen. Hinzu kam ein Gesundheitssystem, das über Jahre hinweg materiell, personell und finanziell ausgedünnt worden war [346]. Dies betraf vor allem die Grund- und Notfallversorgung, also exakt die Bereiche, die während der Pandemie am meisten in Anspruch genommen werden mussten.

Grundsätzlich galten diese Voraussetzungen und politischen Entscheidungsmechanismen mit wenigen Ausnahmen für alle Staaten des globalen Nordens. Aus Sicht der Verantwortlichen musste einem territorialen Ansatz (Einschränkung der Bewegungsfreiheit) gefolgt werden, da ein relationaler Ansatz (Testen und Nachverfolgung) wie in Teilen Südostasiens aus Gründen mangelnder Vorbereitung nicht möglich war [347]. In Deutschland war man in der Lage, die Maßnahmen mit einem umfangreichen Testungsprogramm schon früh zu kombinieren. Dieser Umstand – und auch das Glück eines relativ späten massiven Ausbruchs – sind wohl die Hauptfaktoren für die relativ niedrige Sterblichkeit aufgrund von Covid-19 dort.

Es ist zu vermuten, dass sich in den jeweiligen nationalstaatlichen politischen Systemen nach und nach ein massiver Druck in Richtung Handlung aufgebaut hat, welcher sowohl ökonomische Bedenken wie auch demokratische und rechtliche Gegenargumente zunehmend weniger relevant erscheinen ließ. Drastische Maßnahmen, wie sie die chinesische Regierung durchsetzte, waren – so Presseberichte – etwa in Deutschland eigentlich undenkbar. »So was machen wir hier nicht, ...weil wir ein anderes Menschenbild als China haben«, ließ sich ein Mitglied der Regierung des deutschen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen in der Frühzeit der Pandemie zitieren [340: 12]. Dann jedoch kopierten viele Regierungen die Maßnahmen anderer Länder und es ließ sich empirisch ein ›Herdenverhalten‹ feststellen [348] – mit gewissen Ausnahmen, von denen noch zu reden sein wird. In einer Analyse von Entscheidungen der Staaten in der Organisation für wirtschaftliche Zu-

sammenarbeit und Entwicklung OECD konnte festgestellt werden, dass 80 Prozent der Mitgliedsstaaten innerhalb von zwei Wochen mehr oder minder dieselben Restriktionen implementierten [349].

Gerade gefestigte Demokratien schwankten gemäß dieser Analyse zwischen einer Zurückhaltung bezüglich der Maßnahmen und dem Kopieren dieser Restriktionen von den Nachbarstaaten. In gefestigten Demokratien brauchte es mehr Zeit, um die Lockdown-Interventionen einzuführen. Der beste Prädiktor für das Einführen war jedoch – mit Ausnahme der Bevölkerungsdichte – keiner, der mit Daten aus dem Land selbst zusammenhing, sondern vielmehr die Anzahl der Länder in der jeweiligen Region, die vorangegangen waren. Konkret zeigte sich dieses Herdenverhalten unter anderem auch daran, dass etwa in Europa in relativ kurzer Zeit die Grenzen gegenüber den Nachbarländern geschlossen wurde, und zwar zu einer Zeit, als eigentlich überall exponentielles Wachstum in der Infektionsausbreitung herrschte. Wiederum aus der Presse ist bekannt, dass die deutsche Bundesregierung hierzu die Meinung ihrer wissenschaftlichen Beratung einholte [340]. Das Votum fiel skeptisch aus, da – wie schon an anderer Stelle beschrieben – während des exponentiellen Wachstums die Ressourcen besser auf die Eindämmung verwendet werden als in der Verhinderung einzelner neuer Infektionen durch Grenzübertritte. Zudem hätten europapolitische Erwägungen eigentlich gegen solche Maßnahmen sprechen müssen; sie wurden trotzdem angeordnet. Die politisch Verantwortlichen wollten sich anscheinend nicht vorhalten lassen, die eigene Bevölkerung vor den Viren aus dem Ausland nicht zu schützen, während andere Regierungen dies bereits umgesetzt hatten.

Ein weiterer Grund, weshalb auch viele demokratische Regierungen auf drastische Eingriffe in das Alltagsleben setzten, war die offenkundige Akzeptanz der Pandemiebekämpfung in der Bevölkerung. Sicher war diese Akzeptanz zu Beginn der Pandemie nicht sonderlich ausgeprägt, doch sie stieg mit dem wahrgenommenen Wachstum der Infektionen und der Gesundheitskrise deutlich an. Wenn man der einschlägigen empirischen Forschung folgt, dann herrschte in Teilen des politischen Systems eine nicht ganz zutreffende Wahrnehmung bezüglich der Bedeutung von Gesundheit in der Bevölkerung. Demnach präferieren gerade Menschen im globalen Norden die Gesundheit gegenüber dem ökonomischen Wohlstand, wenn sie vor die Wahl gestellt werden [350]. Ein weiterer Beleg für diese Beobachtung ist, dass die jeweilige Regierung, insbesondere wenn sie Führungsstärke gezeigt hat und dann die Epidemie auch noch erfolgreich eindämmen konnte, sich steigen-

der Beliebtheit im Wahlvolk erfreute [351]. Es kam während der Pandemie zu einem deutlich gestiegenen Vertrauen in die politischen Exekutiven.

Wenige Staaten versuchten, mit noch weniger einschränkenden Maßnahmen die Epidemie in den Griff zu bekommen. Das schwedische Vorgehen wird im nachfolgenden Kapitel noch ausführlich behandelt. In Großbritannien folgte man, wie initial in vielen Ländern, dem Skript eines Influenza-Ausbruchs [352]. Influenzainfektionen haben jedoch zumeist im Gegensatz zu den bisherigen Coronaviren-Epidemien eine kurze Inkubationszeit mit rascher Verbreitung und oftmals nachfolgend einen abgemilderten Symptomenverlauf zur Folge. Daher lag unter diesen Annahmen die Versuchung nahe, mit einer etwas abgeflachten Infektionskurve über die Zeit zu kommen und – womöglich, wie verschiedentlich von Beratenden der Regierung angedeutet – zu einer Herden-Immunität zu gelangen [353]. Innerhalb weniger Wochen wurde allerdings deutlich, dass diese Strategie, wie in Italien, auf einen Zusammenbruch des Gesundheitssystems und auf hunderttausende Tote hinauslaufen würde, wie eine Modellierungsstudie nahelegte [172]. Auf der Basis dieser Studie vollzog die britische Regierung dann eine massive Kehrtwendung.

Nochmals anders war die Sachlage in den Vereinigten Staaten, wo die Pandemie auf ein denkbar schlecht aufgestelltes politisches System traf – manche Beobachtende sprachen bereits von einem *failed state* [354]. Das ist ein politikwissenschaftlicher Begriff für gescheiterte Staaten, die nicht in der Lage sind, Gefahrenabwehr und Daseinsfürsorge für ihre Bevölkerung sicherzustellen. Auf dem Papier sollten die Vereinigten Staaten über die weltweit beste Pandemieplanung verfügen [99]. Zudem waren die USA mit einem reichlich späteren Ausbruchsgeschehen im Vergleich zu diversen europäischen Ländern konfrontiert. Dennoch waren mit der Politisierung der Pandemie und dem anlaufenden Wahlkampf sowie mit der föderalen Struktur der Administration und einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber Wissenschaft und Staatseingriffen zahlreiche Hindernisse für eine konsistente Pandemiebekämpfung vorhanden [355]. Die zum Teil bizarren Aussagen (»Virus wird wie ein Wunder verschwinden«) und Fernsehauftritte des Präsidenten Trump sowie die Reaktionen in der weiteren Öffentlichkeit darauf, führten über das gesamte Land hinweg zu einem Flickenteppich von Maßnahmen, welche eine Gesamtstrategie unmöglich machte. Hinzu kamen konkrete Unzulänglichkeiten in der Pandemiebekämpfung, wie inkonsequente Grenzkontrollen, insuffiziente Testungen, widersprüchliche

Botschaften der Verantwortlichen und – wie unten noch ausgeführt wird – eine Fehleinschätzung bezüglich der wirtschaftlichen Folgen [356].

Die Vereinigten Staaten waren jedoch nur das Extrembeispiel, an dem sich zeigte, wie sich die Pandemie im politischen System ausgewirkt hat. Die Politik muss, wie oben gezeigt, insbesondere in demokratischen Systemen, erhebliche Rücksicht auf die öffentliche Meinung nehmen. Wenn diese aber derart polarisiert ist wie in den USA im Jahr 2020, dann ist es ein grundsätzliches Problem, eine konsistente Haltung gegenüber der Bevölkerung zu kommunizieren. Weitere Effekte kamen dann noch hinzu. So waren Regierungen, die man als populistisch einstufen könnte, deutlich zurückhaltender bei der Einführung restriktiver Maßnahmen als andere [357]. Dieses empirische Resultat korrespondiert mit der grundsätzlich Lockdown-skeptischen Haltung von Parteien wie der ›Alternative für Deutschland‹, deren Wähler quasi die einzige Gruppe war, deren Mehrheit sich gegen die Restriktionen aussprach [358] oder der ›Schweizerischen Volkspartei‹, die sehr schnell wieder auf wirtschaftliche Öffnungen drängte. Hintergrund dafür ist wohl die in den rechtspopulistischen Bewegungen weit verbreitete grundlegende Skepsis gegenüber der Wissenschaft und die Priorisierung der ökonomischen Entwicklung. Ausnahmen in dieser Hinsicht waren Regierungen von Ländern wie Ungarn, Indien oder den Philippinen. Aber auch andere politische Positionen ließen sich in diese Richtung beeinflussen von einer vermuteten öffentlichen Wahrnehmung. So ist empirisch mit weltweiten Daten gezeigt worden, dass weniger drastische Maßnahmen eingeführt wurden, wenn Wahlen in dem jeweiligen Land bevorstanden [359].

Welch absurden Züge die Politisierung der Pandemie mit sich brachte, zeigte sich auch an der Favorisierung des ›Schwedischen Modells‹ durch Rechtskonservative und Rechtspopulisten weltweit. Die Absurdität liegt natürlich darin, dass Skandinavien im Allgemeinen und Schweden im Besonderen gerade für diese politische Orientierungen ein rotes Tuch sind: soziokulturelle Liberalität trifft sich hier mit massiven Staatseingriffen wie etwa eine umfassende Gesundheitsversorgung und einem Bevölkerungsregister, das allen Bürgerinnen und Bürgern eine Identitätsnummer zuweist, mit der sämtliche steuerliche oder andere Aktivitäten verfolgbar sind. Gleichwohl wurde gerade von eher rechten und konservativen Positionen die Hoffnung gehegt, Schweden müsse erfolgreich sein. Dann schließlich, so titelte hoffend der britische *Telegraph*, sei der Lockdown vollkommen umsonst gewesen [48]. In der Schweiz pries mit Roger Köppel, einem bekannten rechtskonservativen Politiker und Zeitschriftenherausgeber das schwedische

Modell, weil es die »Irrtümer der Lockdown-Strategie« vermieden habe [360]. Komplette Übersehen wurde dabei ein zentraler Faktor, der das ›Schwedische Modell‹ erst möglich machte und der gerade diesen Positionen ein großer Dorn im Auge sein müsste: das große Vertrauen der Bevölkerung in den Staat [47].

Ganz generell haben rechtskonservative und rechtspopulistische Parteien und Bewegungen während der ersten Monate der Pandemie einen relativ schweren Stand gehabt. Ihre grundsätzliche Skepsis gegenüber der Wissenschaft und gegenüber Staatseingriffen, waren nicht einmal ansatzweise mehrheitsfähig, und dies galt sogar auch in den Vereinigten Staaten. Die deutsche AfD, die italienische ›Lega‹ und auch der französische ›Rassemblement National‹ (früher: ›Front National‹) konnten mit ihrer Rhetorik nicht mehr in der gleichen Weise durchdringen wie noch während der Flüchtlingskrise der Vorjahre und verloren in Umfragen deutlich an Zustimmung [361].

Die Probleme der populistischen Bewegungen korrespondierten mit der bereits beschriebenen Akzeptanz der Lockdown-Maßnahmen und der positiven Wahrnehmung der jeweiligen Exekutive. Im Allgemeinen waren eher autokratisch ausgerichtete Regierungen, wie etwa in China, schneller bereit, restriktive Maßnahmen zu implementieren, während demokratische Regierungen aufgrund der Berücksichtigung der öffentlichen Meinung etwas länger brauchten. Allerdings waren die Resultate im Endeffekt ähnlich ausgeprägt. Demokratisch regierte Staaten mit einer eher individualistisch geprägten Bevölkerung konnten gemäß einer umfangreichen empirischen Analyse die Ziele des Lockdowns wie eine reduzierte Mobilität ähnlich erreichen wie Autokratien [362].

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass nahezu alle Regierungen des globalen Nordens nach dem Ausbruch der Coronavirus-Infektion vor dem Problem standen, die für solche Fälle zumeist vorgesehenen Pandemiepläne nicht umsetzen zu können. Dies lag zum einen an dem Virus, das eben kein Influenza-Virus war, wie erwartet wurde, sowie zum anderen an den inadäquaten materiellen und personellen Ressourcen zur Pandemiebekämpfung, welche nicht ausgereicht hätten, um eine große Gesundheitskrise mit tausenden Todesopfern zu bewältigen. Insbesondere für demokratisch legitimierte Regierungen waren die öffentliche Meinung und die Stimmungslage in der Bevölkerung von großer Relevanz. Und anders als zunächst erwartet, wurden die nach chinesischem Vorbild zum Teil kopierten und adaptierten Lockdown-Maßnahmen in den jeweiligen Bevölkerungen überwiegend akzeptiert. Politische Systeme haben in der modernen Gesellschaft die Funk-

tion, das zeigt der Umgang mit der Pandemie exemplarisch, bindende Entscheidungen zu treffen und benötigen dafür die ihnen rechtlich zugesprochene Macht. Sie haben diese Funktion in der Ausnahmesituation der Pandemie in zuvor nicht für möglich gehaltener Weise übernommen. Aber schon mit den ersten Lockerungen sind sie zurück in der Defensive gewesen [363]. Mit den Lockerungen kommen die ›normalen‹ gesellschaftlichen Mechanismen zurück und alle Entscheidungen müssen wieder ausgehandelt und legitimiert werden – nicht zuletzt auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

5.4 Die Pandemie in der Wirtschaft

Die Bewertung des politischen Systems hinsichtlich der Bewältigung der Pandemie dreht sich neben den gesundheitlichen Aspekten primär um wirtschaftliche Aspekte. Weltweit wurde in den ersten Monaten der Pandemie eine bisher unbekannte Dynamik mit dramatischem Rückgang der Wirtschaftsleistung verzeichnet, die mit Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlusten verbunden war. Die Auswirkungen des Lockdowns auf die Wirtschaft war eines der Hauptthemen um die Frage der Notwendigkeit. Diese Frage soll im folgenden Abschnitt noch gar nicht beantwortet werden, an dieser Stelle geht es zunächst einmal lediglich um die ökonomischen Auswirkungen von Pandemie und Lockdown.

Die neue Coronavirus-Pandemie ist nicht die erste Epidemie, deren wirtschaftliche Folgen analysiert wurden. Die ›Spanische Grippe‹ nach dem Ersten Weltkrieg ist in dieser Hinsicht etwa verschiedentlich untersucht worden. Sie hatte beispielsweise sowohl in den Vereinigten Staaten [364] als auch in Schweden [365] erhebliche und andauernde Folgen, die bis weit in die 1920er-Jahre hinein andauerten. Ein wesentlicher Grund war die hohe Sterblichkeit in Altersklassen, die in Betrieben und Dienststellen als Arbeitskräfte benötigt wurden. Seit neueren Pandemien, wie der SARS-Epidemie zu Beginn der 2000er-Jahre, gehören diese Analysen zum Standard [366]. Obwohl die Infektionszahlen vergleichsweise niedrig waren, hatte SARS vor allem im Tourismus-Sektor, aber auch in vielen weiteren Bereichen Südostasiens über Jahre andauernde negative wirtschaftliche Folgen. Der gesamtwirtschaftliche Schaden von SARS wird auf über 100 Milliarden US-Dollar geschätzt [367].

Typischerweise gehen die wirtschaftlichen Aktivitäten während einer globalen Pandemie mit kurzen Übertragungszeiten wie bei der SARS-Infektion rasch und dramatisch zurück, um dann innerhalb weniger Monate wieder

auf den alten Stand zurückzukehren – vorausgesetzt, die Epidemie ist eingedämmt. Die Auswirkungen jedoch sind oftmals noch fünf Jahre später zu spüren, wie eine Untersuchung von Rezessionen und wirtschaftlicher Erholung nach Epidemien der jüngeren Zeit aufzeigte [368]. Arbeitsmarktfolgen betrafen überwiegend weniger gut Ausgebildete und Frauen in gering bezahlten Dienstleistungsberufen – ein Bild, das sich ähnlich auch während der neuen Coronavirus-Pandemie abzeichnet.

SARS war regional vergleichsweise begrenzt und die Infektion ließ sich in recht kurzer Zeit eindämmen. Die neue Coronavirus-Pandemie hingegen ist global ausgerichtet, ist zumindest im Sommer 2020 noch nicht zeitlich begrenzt absehbar und hat einen wirtschaftlichen Schaden verursacht, der weit über die Folgen der Rezession nach der Finanzkrise der Jahre 2007/2008 hinausgeht. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, um nur eine Region beispielhaft zu nennen, war in dem Quartal mit dem größten Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 nur ungefähr ein Drittel von dem Umfang eingebrochen wie es im entsprechenden Quartal 2020 der Fall war. Besonders stark wirtschaftlich angeschlagen waren Spanien, Italien und Frankreich, alles Länder, die auch unter sehr hohen Infektions- und Todesfällen zu leiden hatten [369]. Die sich abzeichnende Rezession ist nach Einschätzung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD, in der überwiegend Staaten des globalen Nordens (inklusive der Schweiz und Deutschland) vertreten sind, die größte seit den 1930er Jahren [25]. Auf das gesamte Jahr 2020 gesehen, sinkt das BIP in der Schweiz um ungefähr 6 Prozent [370] und in Deutschland sogar um 9 Prozent [371] (Stand Sommer 2020).

Die wesentlichen Faktoren, welche zu einer Rezession während einer Pandemie beitragen, sind folgende: Vermeidungs- und Abstandsverhalten, direkte und indirekte Kosten der Krankheit, Ausgleichs- und Kaskadeneffekte [372]. Durch spontanes oder angeordnetes Vermeidungs- und Abstandsverhalten wird die Mobilität eingeschränkt und das Konsum- und Arbeitsverhalten reduziert. Die Infektion und ihre Behandlung haben hohe direkte Kosten im Gesundheitswesen zur Folge, aber auch indirekte Konsequenzen durch Krankschreibung, Isolation und Quarantäne. Und während das Abstandhalten durchaus die direkten Krankheitskosten reduzieren kann, können Mangelsituationen durch fehlende Arbeitskräfte und andere systemische Effekte entstehen.

Neu bei der Pandemie des Jahres 2020 war der mehr oder minder gleichzeitige globale Effekt, der sowohl weltweite Lieferketten zerriss als auch

die globale Nachfrage innerhalb weniger Wochen drastisch reduzierte. Die Wirkung der globalen Einschränkungen ist gemäß einer Simulationsstudie auf ungefähr ein Viertel der zurückgehenden Wirtschaftsleistung im Durchschnitt aller Staaten geschätzt worden [373]. Angesichts der im Sommer 2020 noch nicht absehbaren Beendigung der Pandemie sind globale Auswirkungen auf längere Zeit hin zu erwarten. Sollte in einem Teil der globalen Wirtschaft, aus welchen Gründen auch immer, eine gewisse Normalität eintreten, so sind potenzielle Liefer- oder Abnehmerregionen möglicherweise noch mitten in einem Infektionsausbruch, welcher den Aufschwung selbst in einigermaßen stabilen Regionen gefährden kann. Dieser Sachverhalt ist auch schon als »Lieferketten-Ansteckung« im Rahmen der Viruspandemie charakterisiert worden [374].

Ähnlich den im vorherigen Kapitel beschriebenen psychologischen Konsequenzen, ist es auch bei den ökonomischen Konsequenzen in Teilen recht schwierig, die Pandemie-Folgen von den Lockdown-Folgen zu trennen. Das bereits angesprochene Vermeidungs- und Abstandsverhalten ist beiden Aspekten zuzuschreiben. Es gab im Verlauf der Pandemie jedoch Situationen, an denen man diese Effekte im Rahmen eines so genannten natürlichen Experiments untersuchen konnte, wenn nämlich Daten aus einem längeren Zeitraum vorhanden waren, innerhalb dessen behördliche Restriktionen angeordnet wurden oder aber beim Vergleich von Regionen oder Ländern, bei denen eines den Lockdown anordnet und das andere nicht.

Einige Studien sollen beispielhaft referiert werden. In den Vereinigten Staaten wurden telefonische Anfragen bezüglich Kundenkontakten von mehr als 2 Millionen Firmen danach ausgewertet, wie sich behördliche Lockdown-Maßnahmen auswirkten, indem Regionen mit und ohne behördliche Anordnungen über eine längere Zeit verglichen wurden [276]. Insgesamt gingen die Kontakte um ungefähr 60 Prozent zurück, davon waren aber nur 7 Prozent den Lockdown-Restriktionen zuzuschreiben. Da der Rückgang der Kundenkontakte mit der Anzahl von Todesfällen in der Region korreliert war, gehen die Autoren von einem Effekt aus, der primär durch Angst vor Ansteckung gespeist wurde. Während diese Analyse eher indirekt auf die ökonomischen Auswirkungen geschaut hat, konnte eine skandinavische Studie Transaktionsdaten einer Bank auswerten, die sowohl in Dänemark als auch in Schweden operativ tätig ist [375]. In beiden Ländern gingen die Ausgaben der Kundinnen und Kunden um circa 25 Prozent während des Peaks der Pandemie zurück. In Dänemark, wo ein drastischer Lockdown im Unterschied zu Schweden herrschte, sanken sie um zusätzliche vier Prozent. Interessanterweise re-

duzierten sich die Ausgaben der jüngeren Menschen deutlich, während die Älteren mehr Geld ausgaben als zuvor.

Ähnliche Effekte ergaben sich auch auf die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten. Anhand einer Analyse von Arbeitsangeboten und Arbeitslosigkeits-Daten konnte gezeigt werden, dass die Auswirkungen auf den Arbeitsplatzverlust im Wesentlichen nicht durch den Lockdown bzw. durch die ›*Stay-at-Home-Orders*‹ in den verschiedenen Bundesstaaten entstanden sind [376]. Diejenigen Bundesstaaten, welche diese Maßnahmen nicht oder erst später einführten, konnten keine wesentlich besseren Wirtschaftsdaten registrieren. Allerdings haben die Lockdown-Maßnahmen, wie zwei weitere Studien mit unterschiedlichen Methoden gezeigt haben, zu einem gewissen Anstieg der Arbeitslosigkeit zusätzlich zu den ohnehin recht hohen Job-Verlusten in den USA geführt [377, 378].

Ein entscheidender Hintergrundfaktor für das gesamte Wirtschaftsgeschehen scheint das Vertrauen der Konsumierenden zu sein. Gemäß der schwedischen Statistikbehörde SCB sank das BIP des Landes im zweiten Quartal 2020 um mehr als 8 Prozent. Interessanterweise gingen die Konsumausgaben deutlich stärker zurück als die Produktionsleistungen [379]. Offenbar ist das Verhalten von Konsumierenden nicht allein von behördlichen Restriktionen bestimmt, die bekanntlich in Schweden recht gering waren. Das Vertrauen der Konsumierenden kam in vielen Ländern nach der Aufhebung strikter Maßnahmen nur sehr langsam wieder zurück, wenn überhaupt. Dies galt auch in den Ländern, in den die Bürgerinnen und Bürger einen Stimulus in Form von Geld oder Steuernachlässen erhielten. Eine Analyse der britischen Zeitschrift *Economist* hat ergeben, dass die Sterblichkeitsrate in dem jeweiligen Land und die Länge des Lockdowns wesentliche Faktoren sind, die das Vertrauen und die korrespondierenden Ausgaben bestimmen [380]. Die Wirtschaft sprang umso früher und besser wieder an, je geringer die Todeszahlen waren und je kürzer der Lockdown. Dieser Befund legt den Schluss nahe, dass die Priorisierung der Gesundheit zuungunsten der Wirtschaft beiden Sektoren hilft. Dies ist offenbar, wie der Ökonom Austan Goolsbee sich in der *New York Times* zitieren ließ, das erste Gebot der Virus-Ökonomie: »Der beste Weg zur wirtschaftlichen Erholung ist die Kontrolle des Virus.« [356]

Allerdings gilt diese Maxime offenbar nur eher kurzfristig. Die allgemeine Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie blieb während des Sommer 2020 bestehen und das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren, kam hinzu. Dies war vor allem dort der Fall, wo die Kurzarbeitsprogramme und

andere Stützungsmaßnahmen auszulaufen drohten. Dieses Konglomerat der Faktoren ist etwa in der Schweiz von staatlichen Stellen als Grund für die zurückhaltende Stimmung der Konsumierenden nach dem Lockdown identifiziert worden [381].

Insgesamt, so schloss eine umfassende Analyse des Internationalen Währungs-Fonds aus Wirtschaftsdaten in den Vereinigten Staaten und in Europa, konnte ein Zusammenhang zwischen den ökonomischen Verlusten und dem Ausbruchsgeschehen der Infektion festgestellt werden. Die administrativen Maßnahmen wie der Lockdown haben selbst nur wenig zum Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten und damit auch zum Rückgang der Infektionen beigetragen. Es gebe, so die Autorinnen und Autoren der Studie, »...keine robuste Evidenz, welche zusätzliche Effekte der Einführung nicht-pharmakologischer Interventionen unterstützt.« [382: 1] Die freiwilligen Verhaltensänderungen hingegen wurden als entscheidend angesehen.

Die Wirtschaftsleistung sprang generell in vielen Ländern des globalen Nordens mit der Lockerung der Restriktionen wieder deutlich an. Die Frage, wie schnell die Rezession zurückgeht, wird in Ökonomiekreisen mit den Buchstaben V, U, W und L beschrieben, welche die Form ausmalen [383]. Eine V-Rezession ist das positivste Szenario. Nach einem drastischen Rückgang der Wirtschaftsleistung springt diese dann genauso drastisch wieder an. Weniger positiv ist das U, dies bedeutet nämlich eine längere Dauer, bis die Wirtschaft wieder auf annähernd gutem Niveau ist. Eine W-Rezession beschreibt einen zweiten Niedergang, der beispielsweise mit einer großen zweiten Infektionswelle einhergehen kann. Besonders negativ ist das L, wenn nämlich die Wirtschaftsleistung einbricht und sich so gut wie nicht wieder erholt. Welche Form die Rezession annehmen wird, hängt in erster Linie vom Verlauf der Pandemie und insbesondere von der Verfügbarkeit eines Impfstoffs ab. Frühe Hoffnungen auf eine V-Rezession waren jedoch schnell verfliegen. Darüber hinaus sind selbstverständlich noch weitere, Pandemie-unabhängige Faktoren von Bedeutung. Die globale wirtschaftliche Entwicklung war bereits vor dem Coronavirus-Ausbruch tendenziell stagnierend bis rückläufig, bedingt etwa durch internationale Handelsschranken und politische Konflikte.

Die oben beschriebene starke Stellung der Politik gegenüber der Wirtschaft hat auf letztere in vielen Ländern eine deutlich stimulierende Wirkung gehabt, dies zumindest in den ersten Monaten der Pandemie. Viele Staaten und Verbände wie die Europäische Union haben direkte und indirekte finanzielle Unterstützung in einem bis anhin unbekanntem Ausmaß geleistet,

um die wirtschaftliche Aktivitäten nicht noch weiter zu reduzieren und die ansonsten unvermeidbare Massenarbeitslosigkeit im Rahmen zu halten. Die Bandbreite der Hilfsmaßnahmen reichte von der Übernahme von Anteilen global operierender Firmen in der Luftfahrtbranche über die Stützung kleiner und mittelständischer Unternehmen bis hin zu Direktzahlungen an von der Pandemie besonders betroffene Personengruppen. In Europa wurden umfangreiche Kurzarbeitsprogramme aufgelegt, mit denen der Staat den Lohn von Beschäftigten zu einem erheblichen Anteil übernommen hat. Diese Programme sind insbesondere nach der Rezession durch die Finanzkrise der Jahre 2007/2008 implementiert worden, wo sie zentrale arbeitsmarktpolitische Funktionen übernommen haben. Kurzarbeitsprogramme sind in der ökonomischen Forschung vor der Pandemie beispielsweise für die Schweiz [384] oder für Deutschland [385] auf ihre Wirkung hin untersucht und im Großen und Ganzen positiv evaluiert worden. Das heißt, sie haben Jobs erhalten und vermutlich sogar die Kosten durch Einsparungen in den Sozialversicherungen wieder kompensiert.

Während der Pandemie wurde durch diese vielfältige Unterstützung erneut die große Bedeutung des Wohlfahrtsstaats für die Überwindung von sozioökonomischen Krisen deutlich. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht war es interessant zu sehen, dass selbst politische Systeme die traditionell eine eher staatsferne Sozialpolitik betreiben, wie die Vereinigten Staaten oder Großbritannien, zu massiven Interventionen schritten, um die Wirtschaft und die betroffenen Menschen zu schützen. Diese in der soziologischen Literatur als »liberal« klassifizierten Systeme [386] haben entweder kaum jemals eine breite Wohlfahrtspolitik betrieben oder aber durch umfangreiche Sparmaßnahmen in den letzten Jahren eine deutlich reduzierte Unterstützung vorgehalten. Demgegenüber haben die Wohlfahrtsstaaten auf dem europäischen Kontinent in der Regel – mit unterschiedlichen Schwerpunkten – mehr und größere Kompensation bei individuellen oder gesellschaftlichen Krisen geleistet. Diese Staaten haben sich auch in der Coronavirus-Krise als eher bereit herausgestellt, ihren Bürgerinnen und Bürgern unter die Arme zu greifen.

Dem Wohlfahrtsstaatsregime kommt damit in der Pandemiebekämpfung eine zentrale Rolle zu. Man könnte dies als die zweite Auffanglinie nach der direkten Bekämpfung bezeichnen [387]. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich die erste Auffanglinie – aus welchen Gründen auch immer – als nicht sonderlich effektiv herausgestellt hat. Das zumindest zu Beginn der Pandemie große Vertrauen der schwedischen Bevölkerung in die vom europäischen Standard abweichende Pandemiepolitik ist womöglich auch so zu erklären.

Und die Bereitschaft der US-amerikanischen Politik, immense ökonomische Unterstützung zu leisten ist sicher auch auf die wenig effektive Pandemiebekämpfung zurückzuführen. Erfahrungen aus früheren Rezessionen nach Epidemien oder anderen Ereignissen haben gezeigt, dass ein zu früher Rückzug der staatlichen Unterstützung das Risiko eines W-Verlaufs erhöht, den es zu vermeiden gilt [388].

In welchem Umfang und wie lange diese wohlfahrtsstaatlichen Unterstützungsmaßnahmen anhalten, ist in Teilen sicher vom weiteren Verlauf der Pandemie abhängig. Jedoch haben Pandemie und Lockdown Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, wie schon nach wenigen Monaten sichtbar wurde. Dies gilt vor allem für den Trend, von zu Hause arbeiten zu können, der in vielen Dienstleistungsbranchen möglich war, in denen die Abläufe digital und per Videokonferenzen zu steuern waren. Empirische Analysen, beispielsweise aus Italien, haben deutlich gemacht, wie unterschiedlich sich die Pandemie und der Lockdown im Hinblick auf den Sozialstatus der betroffenen Menschen ausgewirkt haben [389]. Personen mit höherer Bildung und größerem Einkommen waren eher in der Lage, sich über Home-Office der Exposition des Virus zu entziehen. Gleichzeitig waren die besser gestellten Jobs weniger anfällig für die Folgen der wirtschaftlichen Krise, die sich entwickelte. Gering bezahlte Anstellungen in der Gastronomie, im Tourismus oder in der Veranstaltungsbranche hingegen waren mit die ersten, die gefährdet waren. In vielen Ländern gingen diese nachteiligen Folgen vor allem zu Lasten von nicht-weißen Bevölkerungsgruppen, die zudem auch mehr unter den gesundheitlichen Folgen der Pandemie zu leiden hatten [390].

Eine große Frage der Zeit während und nach der Pandemie wird sein, wie sich die schon länger abzeichnende Automatisierung und Digitalisierung der Arbeit in den Ländern des globalen Nordens auf den gesamten Arbeitsmarkt auswirken wird. Die Pandemie wird gemeinhin als Beschleunigungsfaktor betrachtet, welcher diese schon länger andauernde Entwicklung zusätzlich anschiebt [391]. Der längerfristige Trend vor der Pandemie bestand darin, dass durch die Automatisierung in erster Linie Jobs mit mittlerer Qualifikation, etwa im Sekretariat oder in der Buchhaltung einer Firma, ersetzt wurden [392]. Dies führte insbesondere in den Vereinigten Staaten und Großbritannien, aber tendenziell auch in der Schweiz [393] zu einer Polarisierung der Arbeitsmärkte mit einer steigenden Nachfrage nach hohen Qualifikationen mit digitalen und auch mit sozialen Skills sowie zu einer gleichbleibenden Nachfrage nach niedrigeren Qualifikationen im Service- und Dienstleistungsbereich [394]. Während der Pandemie änderte sich dies in bestimmten Berei-

chen deutlich. Indem sehr viele Menschen von zu Hause arbeiteten, und dies vermutlich auch noch weiterhin tun werden, sind absehbar eine Reihe von Aufgaben in der Überwachung oder im Service der Automatisierung ausgesetzt, beispielsweise bei Sicherheitsdiensten, wo Kameras und Drohnen verstärkt eingesetzt werden, oder im Facility Management, wo Reinigungs- und Desinfektionsaufgaben von Robotern erledigt werden. Gleichzeitig ist im Verkaufsbereich ein Druck zu kontaktlosem Bezahlen und zu vermehrten Online-Bestellungen entstanden, was einen weiter zunehmenden Druck auf Firmen und Arbeitsplätze im konventionellen Handel erwarten lässt [395].

Ob sich die globalisierten Wertschöpfungsketten, welche durch die Pandemie unterbrochen wurden, in der früheren Form in vielen Wirtschaftssektoren neu etablieren können, daran besteht aus logistischen Überlegungen oder aufgrund politischen Drucks erheblicher Zweifel. Die in den Ländern des globalen Südens wegfallenden Arbeitsplätze werden jedoch nicht in Europa oder Nordamerika neu entstehen, sondern oftmals durch Automatisierung kompensiert werden. Der Trend zum Home-Office wird in vielen Städten eher indirekte negative Effekte haben, da Servicepersonal in Gebäuden mit immer weniger Büros nicht mehr in dem Umfang gebraucht wird und Kantinen sowie Restaurants in der Nähe von Bürokomplexen weniger nachgefragt werden. All dies hat wiederum Auswirkungen auf den Wohlfahrtsstaat, der womöglich mit einer schwindenden Nachfrage nach gering qualifizierten beruflichen Kompetenzen umzugehen hat.

Mit dem Stand vom Sommer 2020 kann festgehalten werden, dass die globale Wirtschaftsleistung drastisch eingebrochen ist in einer Weise, wie es seit den 1930er-Jahren nicht mehr geschehen ist. Dies ist zu großen Teilen der global verflochtenen Ökonomie zuzuschreiben, wodurch gleichzeitig die Nachfrage und die Lieferketten betroffen waren. Der Beitrag des Lockdowns zu dieser Dynamik in den einzelnen Ländern ist nach bisherigen Befunden nicht so groß wie die individuellen Reaktionen auf die Infektion und die damit verbundenen Ängste und Befürchtungen. Auf diesen Sachverhalt wird in den abschließenden Kapiteln noch eingegangen. Klar ist auf jeden Fall, dass soziale Ungleichheiten durch die Pandemie und den Lockdown erheblich vergrößert wurden. Der Einbruch in der Wirtschaftsleistung wird sich im globalen Norden mit einer gewissen Verzögerung auf den Arbeitsmarkt negativ auswirken; dies allerdings wird im Sommer des Jahres 2020 noch durch verschiedene Arbeitsmarkts- und Unterstützungsmaßnahmen verzögert bzw. verhindert. Der Wohlfahrtsstaat leistete dadurch einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen.

5.5 Schlussfolgerungen – Gesellschaftliche Dynamiken und der Lockdown

Die Pandemie und der Lockdown haben massive Spuren in den gesellschaftlichen Teilsystemen Wissenschaft, Medien, Politik und Wirtschaft erzeugt. Während sich die ersten drei Teilsysteme intensiv mit der Beobachtung und der Reaktion auf die Pandemie befassen mussten, war das Wirtschaftssystem eher mit den Konsequenzen befasst. Neben diesen ›großen‹ Teilsystemen der modernen Gesellschaft hat die Pandemie selbstverständlich noch auf viele weitere Bereiche Auswirkungen gehabt, namentlich das Gesundheitssystem, das Erziehungssystem und das Rechtssystem. Diese Bereiche können hier aus Platzgründen nicht im Detail betrachtet werden.

Die Dynamik im Wissenschaftssystem war in Teilen für Außenstehende sichtbar, für Beteiligte war sie ohne vorheriges Beispiel. Es gab eine immense öffentliche und mediale Aufmerksamkeit und die Produktion von Studien und Publikationen ist im Vergleich zu Normalzeiten um ein Vielfaches angestiegen. Trotz diverser zu erwartender widersprüchlicher Positionen im Einzelnen hatte sich eine globale Sicht auf die Pandemie und ihre Bekämpfungsmöglichkeiten entwickelt, welche den Lockdown im Prinzip für notwendig gehalten hat.

In den Medien gab es eine mindestens so große Dynamik. Die Pandemie, ihre Folgen und die anschließenden Maßnahmen waren *das* große Thema der ersten Hälfte des Jahres 2020. Dies gilt sowohl für die konventionellen Print- und Rundfunkmedien als auch für die sozialen Medien im Internet. In beiden Sektoren dominierten die Mainstream-Perspektiven, welche das Virus für eine große Gefahr hielten und die Bekämpfungsmaßnahmen der Behörden begrüßten. Allerdings waren in den sozialen Medien verstärkt auch die Lockdown-skeptischen Positionen zu vernehmen.

Die Entwicklungen in der Wissenschaft und in den Medien wurden im politischen System aufmerksam verfolgt. Ausgangspunkt hier war eine teils für dieses Virus nicht adäquate Pandemieplanung und teils eine nicht umgesetzte Pandemieplanung, was aus Sicht der Verantwortlichen nur wenige Optionen zuließ, je länger und je stärker das Virus zirkulierte. Hinzu kam der offensichtliche Erfolg des ›chinesischen Modells‹, das mit gewissen Anpassungen dann in den meisten Ländern kopiert wurde. Dort, wo dies nicht der Fall war, konnte – mit der Ausnahme Schwedens – eine extreme Politisierung der Pandemie und der Bekämpfungsmaßnahmen beobachtet werden.

Das globale Wirtschaftssystem wurde doppelt durch die Pandemie getroffen: durch zerstörte Lieferketten sowie durch eine massive Zurückhaltung der Konsumierenden. Die Wirtschaftsleistung sank drastisch und hatte Mühe, sich nach dem Lockdown wieder zu erholen. Dies lag an der nach wie vor eher schlechten Stimmung der Konsumierenden in vielen Regionen und daran, dass in verschiedenen Absatzmärkten der Welt das Virus noch erheblich zirkulierte und Restriktionen herrschten. Viele Wirtschaftsaktivitäten wurden in der Folge staatlicherseits durch Unterstützungsprogramme abgefedert, was jedoch insgesamt eine deutliche Zunahme der sozialen Ungleichheit nicht verhindern konnte.

Es sollte mit den Betrachtungen des vorherigen und dieses Kapitels deutlich geworden sein, dass die Frage, ob der Lockdown notwendig war, nicht allein aufgrund epidemiologischer Daten entschieden werden konnte. Die Entscheidungen für den Lockdown erfolgten nicht im psychologischen und sozialen Vakuum, sondern mussten zahlreiche weitere Dynamiken berücksichtigen. Wie der Lockdown im Detail umgesetzt wurde und welche Wirkungen dies hatte, das wird im nachfolgenden Kapitel untersucht.